

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgitaronto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die
66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eins-
gesetzt 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen. Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche zur Hälfte. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Befehlsgesetze der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstätte von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptherausleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dresden, Mittwoch, 16. Januar

1924

Die Schicksalsstunde Englands.

Die Thronrede.

London, 15. Januar.

Heute vormittag begab sich der König im Beiseitung der Königin und des üblichen Hofstaates vom Buckingham Palace nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Straßen, durch die der außerordentlich pomposen Hofsitz führt. Die Ankunft des Königs im Unterhaus wurde mit 41 Kanonenstößen bekanntgegeben. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten verlas der König die Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiter freundschaftlich.

Ich freue mich, einen ausgesprochenen Fortschritt in der Lösung jener Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zum wachsenden Verständnis verschlossen und die Wiedergewinnung der Welt vorbereitet hatten. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige aus den Vereinigten Staaten mit anderen Sachverständigen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien zusammengetragen werden, bei der Prüfung der sehr ernsten finanziellen Fragen, die die Lage Deutschlands berühren.

Das fünftige Statut der Tangier-Zone, die lange Zeit eine Quelle von Unruhen war, ist zwischen den Delegierten der hauptsächlich interessierten Mächte einer Regelung unterzogen worden, welche die Schaffung eines internationalen Regimes und die Förderung des Verkehrs und des Handels vor sieht.

Ein Gesetz wird eingebrochen werden zwecks Inkraftsetzung des Lausanner Friedensvertrages. Sobald dieses Gesetz angenommen sein wird, wird der Vertrag ratifiziert und eine neue Art friedlicher Beziehungen mit der Tschechei eröffnet werden.

Meine Minister sind im Zusammenwirken mit den Vertretern Kanadas darauf bedacht gewesen, die Schwierigkeiten bezüglich der gezwungenen Einfuhr von altholländischen Getränken in die Vereinigten Staaten zu beseitigen und haben Vorschläge für ein Abkommen gemacht, das nicht vor der Annahme steht und die künftigen glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern festigen dürften.

Es wird weiter mein Ziel sein, den ständig wachsenden Einfluß des Völkerbundes mit allen Mitteln, die in meiner Macht liegen, zu fördern.

Die jüngste Serie von Mordtaten an der Nordwestgrenze Indiens durch Verbrenner, die ein Auge auf afghanischen Boden gefunden haben bez. afghanische Missionen sind, hat mich stark beschäftigt. Meine Regierung ist energisch bei der Regierung des Emirs vorstellig geworden und sie erwartet auf das bestimmteste, daß diese Personen bestraft und daß bestreitbare Beziehungen an dieser Grenze baldigst hergestellt werden.

Die möglich abgehaltene Konferenz des britischen Reiches wie sehr deutliche Fortschritte in bezug auf das Zusammenwirken der Reichsteile auf. Es war insbesondere möglich, den Wünschen der Dominions entgegenzukommen, ohne von dem bestehenden Steuersystem dieses Landes abzuwenden, indem der von der Reichskonferenz im Jahre 1917 beschlossene und seit 1919 in Kraft getretene Grundzustand der gegenseitigen Weisbegünstigung wesentlich erweitert wurde. Es werden Ihnen Vorschläge zwecks Durchführung der Ergebnisse dieser Reichskonferenz unterbreitet werden. Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die durch die Weltwährung des Britischen Reiches geboten werden wird, die Kenntnis der mannigfaltigen Hilfsquellen meines Reiches zu erhöhen und den Handel innerhalb des britischen Reiches zu befähigen.

Auf die innerpolitischen Fragen übergehend führt die Thronrede aus, daß der jüngste Wahlkampf sich um die Frage der Schutz-
zollreform gedreht habe.

"Inbessern bin ich froh, festzustellen, daß die Pläne für die Sicherung von Arbeitsgelegenheiten, die gegenwärtig durchgeführt werden, eine schädigende Wirkung im Laufe des letzten Jahres gezeigt haben, indem sie die Zahl der wirklichen Erwerbslosen herabgemindert haben. Die Zahl derer, die noch immer nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden, verursacht mit großer Sorge. Meine Minister haben fürsorglich vor dem Lande Vorschläge entworf, die nach ihrer Überzeugung zu der Lösung dieses Problems wesentlich beigetragen haben würden, indem sie der Industrie ein größeres Maß von Sicherheit auf dem eigenen Markt gesichert und den Absatz ihrer Erzeugnisse in meinen überseeischen Kolonien und in fremden Ländern verstärkt hätten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung der Mitglieder des Parlaments zu einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit, wie sie von der Reichskonferenz vorgeschlagen wurden, nachgefragt werden. Es soll insbesondere gewissen öffentlichen Unternehmen im britischen Reich finanzielle Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten und eine Ausdehnung der Beteiligung an den Kosten für gemeinnützige Arbeiten entweder durch die Lokalbehörden oder durch private Gesellschaften vorgenommen werden.

Sodann enthält die Thronrede einen Hinweis auf die Pläne der Regierung zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch sofortigen Bau von Kreuzern und Hilfseinheiten,

zwecks Entwicklung der allgemeinen und technischen Fortbildung der jugendlichen Arbeitlosen usw. Insbesondere wird die Ausdehnung der Luftflotte für Zwecke der Landesverteidigung angekündigt. Bezüglich der Krise in der Handelswirtschaft wird auf den Vorschlag der Regierung Bezug genommen, eine Konferenz aller interessierten Kreise und sämtlicher Parteien einzuberufen zwecks Ausarbeitung einer Agrarpolitik, durch welche die an-

baufähige Fläche zu erhöhen und durch Stabilisierung der Löhne der Landarbeiter eine regelmäßige Beschäftigung auf dem Lande zu sichern sein würde.

Die im ganzen Welt mit Spannung erwartete Eröffnung des englischen Königs zur Eröffnung des neuen Parlaments war in Wirklichkeit eine Aufregung nicht wert. Die Rede bildet diesmal nicht, wie üblich, das maßgebende englische Regierungsprogramm, sondern den Schwanengesang einer aus der Regierung verdrängten Partei. Vereinzelt Redewendungen tragen angedeuteten parteipolitischen Charakter, während andere wichtige Vorommisse innerhalb der englischen Politik aus dem letzten Wochen und Tagen scheinbar mit Absicht besonders farbig gehalten sind. Vor allem die Schutz-Zollfrage, die im Verlaufe des letzten Wahlkampfes die Hauptrolle spielt und den Anlaß zu der konserватiven Wahlniederlage bot, wird mehr als blättrisch behandelt. Mit einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit soll versucht werden, die Niederlage wettzumachen, obwohl selbst der König uns seine vor dem Abgang seines Minister nicht glauben dürfen, daß sich das Parlament damit zufriedengeben wird. Nur Handelsstudien allein kann die Arbeitslosigkeit in England nicht beobachten werden. Schon deshalb ist die Arbeiterpartei gewonnen, daß von ihr die abhängige Wirtschaftsnotdurft gegen die Regierung Baldwin einzutragen. Denn nicht zuletzt wurde ihr bei den letzten Wahlen ein Erfolg zugeschrieben, weil in breiten Teilen der englischen Bevölkerung die Hoffnung besteht, daß sie tatsächlich in der Lage ist, auf die Zauer der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Bekanntlich glaubt die Labour Party, daß von allen Dingen durch eine Anerkennung Afrikas und die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu diesem Lande zu erreichen. Dieser Hoffnung wird in der englischen Thronrede kein Wert gewidmet. Das ist parteipolitisch inszeniert erschallt, als die konseritative Partei, deren Sprecher der König am Dienstag war, wahrscheinlich glaubt, den Wählern die Abstimmung für das von der Arbeiterpartei inzwischen angekündigte Wirtschaftsnotdurstumma erfüllen und sie mit der Verantwortung beladen zu können, der Arbeiterpartei in den Zettel geholt zu haben. Das ist noch in der Thronrede gesehnte innenpolitische Programm, in ebenfalls weder inhaltlich noch parteipolitisch etwas umstürzen. Die einzige, aber bedeutende Ausnahme bildet die Ankündigung neuer Ausgaben zu Wasser und in der Luft. Diese Zusage wird bei der Arbeiterpartei auf kaltem Gedenktag feiern und zweifellos auch bei der Begehung des Wirtschaftsnotdurstums gegen die Regierung Baldwin eine Rolle spielen.

Die Aussprache im Unterhause.

London, 15. Januar.

Das Unterhaus war bei der heutigen Eröffnung in Erwartung der Aussprache über die Thronrede nicht besetzt. Die Regierung war voll vertreten. Auf den Oppositionsbänken sahen Asquith, MacDonald und Lloyd George nebeneinander. Ramsay MacDonald führte u. a. aus:

Die Lage Europas gleiche der von 1912 mit rivalisierenden Armeen und rivalisierender nationalsozialistischer Politik. Die alliierten Nationen betrachten einander mit halb verhohler Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden. Großbritannien habe heute keine entschlossene, bestimmte oder wirksame Politik auf dem Kontinent. Es sei Zeit, hierin Wandel zu schaffen. Die Regierung habe das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.)

MacDonald schilderte sodann die hellzugewordene Lage Mitteleuropas und sagte, England sollte rund und deutlich erklären, daß es hier Inhalt und bereit sei, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen und eine

Sturm in der Kammer.

Paris, 15. Januar.

In der heutigen Kammerrede verlangte der Abgeordnete Lacoste die sofortige Ver-
suchung der Lage in der Pfalz.

Maschinerie zu schaffen, die diese Lage bessern könne.

In der Sitzung ergriß auch Lloyd George das Wort. Er begann seine Rede mit einem heftigen Angriff auf die gegenwärtige Regierung und insbesondere ihre Haltung in der Reparationsfrage, die er beanstandete. Er sprach dann vor allem über die besetzten deutschen Gebiete. Seine Ansprache an die Regierung betreffend das Auftreten der Franzosen vorstellbar, wird Mac Neill voraussichtlich heute beantworten. Nach einer Erörterung der katastrophalen Möglichkeiten, die sich aus der Befehlung des Ruhegebiets ergeben könnten, kam Lloyd George auf die separatistische Bewegung zu sprechen und sagte, wenn einer der Alliierten sie ermutigen würde, so wäre das ein schändlicher Bruch des Versailler Vertrages. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß er sich 1919, als die französischen Militärbefehlshaber im Rheinlande verhielten, eine separatistische Bewegung einzuleiten, unverzüglich an die französische Regierung gewandt habe mit dem Erscheinen, daß man nicht mehr von der Sache gehört habe, da Millerand und Briand sich seiner Stellungnahme angelehnt hätten.

Was die Aussichten einer Arbeitserziehung angehinge, so sagte Lloyd George schließlich, MacDonald werde es nicht gelingen, seine Ideale in die Tat umzuführen.

Nach Lloyd George sprach Baldwin, der das vergangene Jahr als nicht erfolgreich für die Förderung der Sache des Friedens und der Wohlfahrt in Europa bezeichnete, aber gleichzeitig die Ernennung von Sachverständigenausschüssen zur Prüfung der deutschen Finanzlage durch die Reparationskommission als einen ersten Schritt vorwärts begrüßte.

Es könne sein, daß die französische Regierung im gegenwärtigen Stande der Pariser Devise einen Anschluß finden werde, ohne weiteres Jögern jenes Problem, dessen Lösung sie mit so viel Erfolg während des ganzen vergangenen Jahres verzögert habe, in Angriff zu nehmen.

Nach der Bemerkung, daß die separatistische Bewegung in den besetzten deutschen Gebieten der französischen Regierung die größte Sorge verursache, schloß Baldwin seine kurze Rede mit der Erklärung, wenn uns im Unterhaus der Feindhandschuh zugeworfen wird, so sind wir bereit, ihn aufzunehmen. Er teilte mit, daß die Konservativen eine von Parteiinteressen dictierte Opposition gegen eine nichtkonservative Regierung nicht befürchteten, wiewohl bei der Lösung der schwedenden Probleme, wie z.B. der Arbeitslosigkeit, mitarbeiten wollten.

Schwierigkeiten bei der Ausstellung des Arbeitsplanes des Sachverständigenausschusses.

Paris, 16. Januar.

Nach dem „New York Herald“ ist es dem Sachverständigenausschuß noch nicht gelungen, einen Arbeitsplan aufzustellen, der die Aufnahme in den beiden Unterhöfen ermöglichen würde. Er kostet, dies heute bewilligen zu können. Die Schwierigkeiten seien hauptsächlich verschiedener Delegierten entstanden, beuglich des Franzosen Parmentier, des Belgiers Franckx und des Engländer Kildersley, die sämtlich

sowohl persönlich wie in ihrer Eigenschaft als Beamte an den budapestischen Fragen und auch an den Anteilstreitfragen interessiert seien und die alle daraus beständen, in den beiden Unterhöfen zusammen zu führen. General Dawes sei der Ansicht, daß dies die Arbeit des Komitees verlangsamen würde, und versuche, mit Hilfe der italienischen Delegierten die führenden französischen und belgischen Sachverständigen davon zu überzeugen, daß keine Sache besteht, da die Delegierten ständig miteinander in Führung liegen und die Unterhöfe keine Entscheidung treffen würden.

Schacht soll nach Paris kommen.

Paris, 16. Januar.

Der von der Reparationskommission eingesetzte Sachverständigenausschuß veröffentlicht heute eine Erklärung des Inhalts, daß seine Beratungen bis auf weiteres geheimer Natur seien und seine Mitglieder sich verpflichtet hätten, sich jeder privaten Meldung an die Presse zu enthalten. Der Ausschuß teilt weiterhin mit, daß er beschlossen hat, dem Präsidium der Reichsbank Dr. Schacht zu bitten, nach Paris zu kommen, um über einige mit dem Problem der deutschen Währungsstabilisierung zusammenhängende Fragen Rücksicht zu geben.

Rolle prüft die deutsche Note über die Militärkontrolle.

Paris, 16. Januar.

Nach dem „Petit Parisien“ unterliegt die deutsche Note betreffend die Militärkontrolle zur Prüfung des Generals Rollet, bevor sie mit seinen Bemerkungen den Verteilungskonferenz übermittelt wird.

Bergebliebene Generalstreiksversuche in Essen.

Essen, 15. Januar.

In Essen hat die kommunistische Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den letzten Tagen den Besuch unternommen, den Generalstreik zu intensivieren. Bei den beschäftigten Arbeitern herrsche aber keine Neigung, dieser Parole Folge zu leisten. Die Kommunisten selbst waren sich von Anfang an uneinig über die Durchführung des Generalstreiks.

In einer Betriebsversammlung der Firma Krupp, die sich eingehend mit der Lage beschäftigte, haben selbst führende kommunistische Arbeiterschaftsmitglieder sich entschieden gegen die Verbreitung eines Flugblattes gewandt, das zum Generalstreik aufforderte.

Die Betriebe der S.A.D. Metallarbeiter haben vor, daß man, bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Kampfes für den Arbeitstag, zunächst die allgemeine Lage nicht erkennen dürfe, die einem Streik voraussichtlich nicht einmal einen Achtungserfolg bringen würde. Trotzdem erhält der Vorstand bei der Schlusstimmung, in der Haupthalle durch den Druck der Arbeitslosen, eine Mehrheit für den ausschließlichen Kampf. Der Generalstreikparole wurde aber in keiner Weise Folge geleistet.

In dem Riesenbetrieb der Firma Krupp sind, nach genauer Zählung, kaum 120 Personen in den Generalstreik geraten. Am Dienstag fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, in der wiederum durch den Einfluß der Arbeitslosen, die vorher durch den Kampf in verschärfter Form beschlossen wurde. Auch dieser Parole sind die

Ernst Toller.

Zur Erstaufführung des „Hinkemann“ im Schauspielhaus.

Am Donnerstag wird zum erstenmal ein Stück von Ernst Toller im Staatstheater gespielt, und damit hört unsere erste Bühne nach, was sie schon längst hätte tun sollen: sie stellt den Anschluß mit der ernsthaften zeitgenössischen Dramatik her. Es ist hier nicht der Ort, über Mängel des Spielplans zu reden — das mag gelegentlich an anderer Stelle geschehen — sondern hier handelt es sich darum, Hindernisse hinwegzutun, die dem Schaffen Ernst Tollers im Wege stehen. Nicht als ob wir in diesem Dichter den Gipfel des deutschen Barock sähen; wohl aber geht es um einen echten Ringenden und kämpfenden, bei dem doch, soweit wir sein Schaffen überblicken, Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur vorhanden sind, sondern auch ausgereift werden. Wenn er auch gelegentlich den Pfeil auf den Ossen zu lärmten versucht, so geschieht das aus ironischem Willen, aus ungezügelter Kraftüberwältigung, ist aber keineswegs „heldenhafte Poëse“. Gerade darin scheidet sich Toller von Hofmannslever. Beide trug die gleiche Welle in die Höhe; während aber der eine rückt wieder in die Tiefe versinkt, gibt der andere mehr als nur Zeit ausdruck, mehr als nur Schönheit eines Augenblicks. In ihm rangen zum Richte die Kräfte einer Zeit, die Kräfte einer gefallnen Menschensöhle. Das allein gibt seinem Schaffen Beachtung, das verleiht ihm Wert auch über die Stunde hinaus. Noch ein anderes aber steht dem Dichter feindlich gegenüber: die Rolle, die er in der revolutionären Bewegung gespielt hat. (?) D. Red.) Richt von dem Politiker Toller sprechen die folgenden Zeilen, sondern von dem Dichter, dem Künstler. Der Dichter ist nicht wegen seiner politischen Taten bekannt geworden, nein, umgekehrt liegt der Fall: Aus dem Schriftsteller Toller gewinnen wir Beispiele zum Verständnis des Politikers, des Kommunisten Toller. Diese Ethik, echter Glaube

an den Ideal der Menschenart erfüllt ihn, innig Liebe zu den Menschen. Mit dieser Einstellung mündet sein Schaffen in das breite Bett der zeitgenössischen Richtung, mit der er auch die Ausdrucksform teilt. Weit hinter uns müssen alte erster Vorstellungen von Schuld und Sühne, vom Aufbau des Dramas bleiben, wenn wir ihm gerecht werden wollen. Alle normative Ästhetik muß den modernen Dichtern gegenüber schweigen; ihre Werke allein sind der Grund, aus dem heraus sie zu beurteilen sind. Ich wenn wir diese Vorwürfung in uns aufgenommen haben, dann erblüht neue Schönheit aus ihren Schöpfungen.

Was diese Dichter wollen, ist nicht neu und unerhört; nur die Leidenschaftlichkeit des Gefühls, die alle Hemmisse überwindet, der aber nicht eine gleichgroße Gabe der Menschengestaltung (vielleicht aber wollen das diese Dichter auch gar nicht) gegenübersteht, jener Gefühlsüberschwang aus dem Tiefland der Seele heraus, ist neu. Und doch, wer Augen hatte, zu hören, der spürte den neuen Ton in der Kunst Strindbergs und Webelius; das Grelle, Bunte, bald Visionäre und Traumhafte, das filmartig Bewegte, das in größter Schnelligkeit vorüberfließt, wurde mit Entzücken einst aufgenommen und erst das letzte Jahrhundert hat diese beiden Poeten verstanden. Hans Paar hat einmal das gemeinsame Ziel dieses überdurchschnittlichen Dramatis formuliert: Totalität, Umfassung des Ganzen, Überwindung der Individualisation, und die künstlerischen Mittel dazu sind: Durchdringung des Gegensätzlichen, innere Verbindung des nur auf zu niedrig genommener Basis. Unvereinbare, Ausgleich der Gegenparten der Symptome, Vereinfachung der disperaten Erzählungen.

Ernst Toller, der nunmehr ein Dreißigjähriger ist, hat an diesem Geste mitgearbeitet, und wenn wir seinen jüngsten Werken: dem „Deutschen Hinkemann“ wie dem „Entfesteten Botan“ glauben dürfen, so ist er in eine neue schöpferische Epoche getreten. Die Tragik des Menschenlebens mit tiefstem

Arbeiter der Firma Krupp nicht gefolgt, die Arbeit wurde vielmehr restlos aufgenommen. — Die Lage ist im allgemeinen ruhig.

Sollingen, 15. Januar.

Hier ist der Generalstreik, der am vergangenen Freitag aufgebrochen war, im Zusammenbruch begriffen und dehnte sich auf das „Söderer Tagebatt“ aus, das infolgedessen nicht erscheint. Die üblichen Bürger ihres Blätter und die „Arbeitsstimme“ sind vom Generalstreik nicht betroffen.

Kauf auf der ganzen Linie.

Köln, 16. Januar.

Die Lage in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie meldet die „Köln. Illg.“, daß eine öffentliche Textilarbeiterverband in Elberfeld ebenfalls konzentriert von Vertretern der rechtsrheinischen Textilarbeiter einstimmig beschlossen habe, den Kauf auf der ganzen Linie anzunehmen. Der Ausschuß teilt weiterhin mit, daß er beschlossen hat, dem Präsidenten der Reichsbank Dr. Schacht zu bitten, nach Paris zu kommen, um über einige mit dem Problem der deutschen Währungsstabilisierung zusammenhängende Fragen Rücksicht zu geben.

Streik in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 15. Januar.

Die Lage in der Magdeburger Metallindustrie hat sich wesentlich zugespielt. Der Schiedsentspruch des Schlichters ist von den Betriebsräten aus allen beteiligten Metallarbeiterorganisationen einstimmig abgelehnt worden. Die Arbeitgeber dagegen haben den Spruch angenommen und die Währung entsprechend festgesetzt. Folge des Beschlusses der Betriebsräte ist an Stelle der von den Arbeitgebern vorgenommenen Aussperrungen der Streik der Metallarbeiter gerufen, der am Dienstag mittags bereits den größten Teil der beschäftigten Metallarbeiter bestimmt hat. Als Grund der Ablehnung des Schiedsentspruchs wird die ungerechte Lohnsätze und die große Spannung zwischen den Löhnen der gelehrten und ungeliebten Arbeitern bezeichnet. Auch in Halle und Borsig, für deren Gebiete der Schiedsentspruch ebenfalls Gültigkeit hat, haben die Arbeitnehmer die Anerkennung des Spruches abgelehnt. Bisher werden nur Teilstreiks gemeldet.

Bremen, 15. Januar.

Die Weigerung der Arbeiter, länger als acht Stunden zu arbeiten, hat nunmehr auch in Bremen zu Streiks und Arbeiteraussperrungen geführt. Infolge gewisser Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen sind die Arbeiter der Hansestadt Werke, etwa 2000 Mann, in den Streik getreten. Aus dem gleichen Grunde hat die Direktion des Hochöfenwerkes Norddeutsche Metall die gesamte Belegschaft von etwa 800 Arbeitern freitags entlassen.

60 000 Metallarbeiter in Oberschlesien ausgesperrt.

Bethen, 15. Januar.

In der oberösterreichischen Metallindustrie sind, nach Mitteilungen von gewerblicher Seite, nach 60 000 Arbeiter ausgesperrt. Mit Ausnahme der Donnersmarthütte und der Oberschlesischen Eisenbahnbetriebs-A.G., wo teilweise gearbeitet

wird, ruhen alle Werke. Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, die die Aussperrung mit der Verkürzung der Arbeiter erläutern, dem Kommen über den zehnstündigen Arbeitstag nachzukommen, behaupten die Gewerkschaften, die Arbeit hätte den Arbeitstag abgekürzt, weil die Arbeitgeber andere Punkte des Abkommen, wie die Wissensregeln über den Personalabbau und die Arbeitspausen, nicht durchgeführt hätten. Auf Anordnung des Oberpräsidiums geht sich hier eine Abordnung aus je drei Arbeitgebern und Gewerkschaftern nach Oppeln, um eine Belebung der Krisis zu versuchen.

Attentatsplan gegen General v. Seeckt?

Eine Verhaftung in Berlin.

Berlin, 16. Januar.

Gestern vormittag ist in dem bekannten Café Post am Potsdamer Platz ein früherer Offizier durch die politische Abteilung des Polizeipräsidiums verhaftet worden, der unter dem dringenden Verdacht steht, ein Attentat gegen General v. Seeckt, den Chef der Heeresleitung und Inhaber der Vollzugsgewalt, geplant zu haben. Der Verhaftete soll mehrere Spieghelfer haben, die angeblich alle denselben rechtsradikalen Kreisen angehören, wie die Mörder Grubergers und Rathenau's. Gegen den Verhafteten ist bereits die Voruntersuchung beim Landgericht I eröffnet. Die Berliner Polizeibehörden haben Anweisung, im Interesse der Untersuchung über die Angelegenheit einzuholen weitere Mitteilungen nicht zu veröffentlichen.

Die Versorgung der Kriegsopfer. Beschlüsse der Reichskonferenz.

Eine am 12. und 13. Januar in Jena abgehaltene Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, an der 51 Delegierte nahmen, legte schräge Verwahrung ein gegen die durch den Personalabbau außerordentlich verschlechterte Versorgung der Kriegsopfer, zumal die Schwerkriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht die genügenden Verpflegungen

finden. Die Sozial- und Kleinentnahmefürsorge soll, nach dem Wunsch des Kongresses, zusammengefaßt werden, daß Reich aber auch fernab die Kosten für diese Fürsorge tragen. Unter Wissensgebung der Versicherten soll vom Reich ein umfassendes Versicherungswesen geschaffen werden. In der Frage der Bodenverteilung und des Wohnungsbau forderte der Kongress restlose Verwendung des Ertrages der Mietsteigerung zur Beschaffung neuer Wohnungen und zur Durchführung des Reichsheimstättengesetzes durch die Gemeinden. Die restlose Verschließung von Moor- und Südländern sollte erfolgen durch Verminderung des Reichsheeres.

Weit eher das Bild des Grüblers als das des Säumerers tritt aus diesen Gedichten hervor und weist auf die tiefe Erschütterung seines Lebens hin, durch die er hindurchgegangen ist: den Krieg. Dieser ist für ihn nicht das reinigende „Stahlbad“, sondern der grausig gespenstige Tähom, und immer von neuem formt sich ihm die Aufgabe, den Frieden auf Erden, für manchen ein utopisches Ziel, zu verwirklichen. Alle Werke quellen aus dieser tiefsten Erschütterung seines Seins hervor, und erst die leeren Weisen darauf hin, daß eine gewisse Handlung sich vollzieht. Wenn man einmal klassifiziert und registriert will, so ließe sich das Schaffen des Dichters in zwei Perioden gliedern, eine erste, die unter dem unmittelbaren Druck des Kriegserlebnisses steht, und eine zweite, in der Toller Täuschung zu sich und zu seinem Leben genommen hat. Das Vokabular, Traumhafte verschwindet, und an dessen Stelle tritt der Versuch, durch Charakteristik, durch deutliche feste Formen zu wirken. Über anders gesprochen: an Stelle des Verschwommenen tritt der klare, das Bild, zwischen diesen Perioden steht, als Übergangsperiode, das galante Puppenspiel: „Die Reise des verhöhnten Liebhabers“, das nach einer Reihe von Szenen des Kardinals Bandello gebildet, in gräßischer blinder Form zum erstenmal die humorvolle Negation des Verfassers ahnen läßt. An sich nur ein Absatz auf dem Wege des Dichters, läßt es doch einen Blick in das Wesen Tollers tun, der ungemein ausschlagreich ist. Es ist vielleicht bezeichnend, daß gerade gegenwärtig Hans Weid von dem 1. Januar bardest Stükken zu Radierungen veranlaßt worden ist.

Die Frühperiode des Dichters wird etwa durch drei Stücke gekennzeichnet, die in den Jahren 1919–21 erschienen sind: „Die Wandlung“, „Rasse Mensch“ und die „Maschinenkämpfer“. Von diesen dreien scheint mir das letzte weniger aus innerer Notwendigkeit entstanden zu sein, als bewußt hervorgegangen durch bestimmte Weltkreise. Dementsprechend finden sich bei ihm auch allerlei literarische Reminiszenzen, die in den anderen

¹⁾ Die Mehrzahl der dramatischen Werke sind bei Gustav Kiesewetter in Bonn erschienen, nur die „Gedichte der Oberschlesier“ verliegen in Berlin. „Botan“ in Würzburg, und ein kleiner Zugespield, eine Wobst in Würzburg, erschien im November 1920 der „Weisen Bilder“ des Paul Gallwey in Berlin.

Um die Revision der Weimarer Verfassung.

Die bayerische Denkschrift beim Reichsrat.

München, 15. Januar.

Die Denkschrift der bayerischen Regierung betrifft die Revision der Weimarer Verfassung ist dem Reichsrat zugegangen und wird voransichtlich schon auf der Tagessitzung der nächsten Sitzung stehen.

Die Zahl der bayerischen Ministerien.

Ein christlicher Arbeitersührer gegen die Unternehmer.

München, 15. Januar.

Der vor vier Wochen durch den Landtag beschlossene Abbau der acht bayerischen Ministerien auf fünf ist noch nicht in Angriff genommen. Die Regierung ließ bisher nicht einmal verlauten, welche Ministerien man verschwinden lassen will, doch besteht, bei der bekannten Absicht, die Selbständigkeit des bayerischen Staates wieder im alten Umfang herzustellen, kaum ein Zweifel darüber, daß für den „Personlichkeitsschatz des bayerischen Volkes“ höchstens die sogenannten Revolutionsministerien entbehrlich sind. Das sind die Minister für soziale Fürsorge, für Handel und für Landwirtschaft.

In letzter Zeit mehren sich nun aber die Einigungen der Arbeitnehmerorganisationen für die Ausreichtheithaltung des sozialen Ministeriums in einer Weise, daß eine sofortige Auflösung dieses Kessels kaum mehr in Frage kommt dürfte. Soeben positioniert in diesem Sinne auch die Arbeiter- und Angestelltengruppe in der Bayerischen Volkspartei beim Gesamtministerium und bei den einzelnen Fraktionen des Landtags. Nicht mit Unrecht heißt es in der Begründung dieser Eingabe, daß

bei der Auflösung des sozialen Ministeriums im besonderen das Bedürfnis für die Arbeiter und Angestellten darin liegt, daß von allen schaffenden Säulen lediglich die Arbeiter und Angestellten eine öffentliche Verantwortung wären, wie sie andere Berufsschichten schon seit langem beobachten. Das soziale Ministerium müßte nicht nur bestehen bleiben, sondern gerade in heutiger Zeit ausgebaut werden zu einem Ministerium der Volkswohlfahrt, in dem alle Dinge der öffentlichen sozialen Betätigung zusammengefaßt werden sollen.

Außer in diesem Streite ist vor allem der Führer der christlich organisierten Arbeiterschaft in Bayern, der Abgeordnete Funke, der eine ziemlich rege Agitation nach dieser Richtung hin entsfaltet. Jüngst sprach er auch in Kempten, wo er eine bei christlichen Gewerkschaften nicht übliche schroffe Haltung gegen das Unternehmertum und seine immer mehr zunehmende Willkür gegen die Arbeiterschaft einnahm.

Die bayerischen Sozialdemokraten für Auflösung des Landtages.

München, 15. Januar.

Die bayerische Sozialdemokratie läßt in der „Münchner Post“ erklären, daß sie für eine

Landtagsauslösung und baldige Neuwahlen sei, daß sie ihre Zustimmung aber davon abhängig mache, daß der in Aussicht gestellte Entwurf einer Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit von der

Regierung dem Landtage vorgelegt, und daß für die Durchführung der Verordnung der Generalstaatskommissar ausdrücklich ausgeschaltet werde.

Personalabbau und Arbeitszeit.

Theorie und Praxis.

Berlin, 16. Januar.

Der Fünfzehnrausschuss des Reichstags, der gestern eine Sitzung abhielt, berührte den Sporauschuß des Reichstags mit der Überwachung der Durchführung des Personalabbaus. Der Ausschuß erklärte sich einverstanden mit einer Verordnung zur Entlastung des Reichsgerichts durch Beschränkung der Revisionen, vor allem auch für die Urteile der Oberlandesgerichte in Ehescheidungs- und Ubanfechtungsästen, sowie in Streitigkeiten wegen Herstellung der ethischen Gemeinschaft. Die Klärung von Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung soll nach wie vor zur Revision des Reichsgerichts gelingen sein.

Nach der Personalabbau-Verordnung soll bei dem Abbau der Beamten lediglich der Wert ihrer dienstlichen Leistungen für die Verwaltung entscheidend sein. Bei gleichwertigen Leistungen sollen sie die Auswahl die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse maßgebend sein. Ausdrücklich wird betont, daß die gewerkschaftliche und politische Verbindung keine Rolle spielen darf. Das ist die Theorie. Die Praxis zeigt (so schreibt der Sozialdem. Parlamentsdienst) folgendes, aus dem uns rechtlich zugänglichen Material herausgegriffen: Höhe. Ein Beamter wurde entlassen, weil er in der Beamtensitzung mit einer Kommission beim Reichspräsidenten war; ein anderer, weil er in den Revolutionstagen 1918 und beim Spartakusbund für die verfassungsmäßige Regierung eingetreten ist. Die Reichsbahnverwaltung entläßt, ohne jeden erichtlichen Grund, einen Familienvater von sechs Kindern, der allerdings Gewerkschaftsfunktionär ist. Aus Asiel und anderen Orten wird darüber geklagt, daß in erster Linie Arbeitsschädigende entlassen werden.

Die Regierung Marx-Zimmermann schreibt also vor Maßregelungen, daß mindestens Art nicht zuß. Eine Änderung kann und wird sich eintragen, wenn endlich den Gewerkschaften eine Mithandlung bei der Durchführung des Abbaus zugeschanzt wird.

Energischer Protest des A. D. P.

Berlin, 16. Januar.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in einer Sitzung eingehend die Frage des Beamtenabbaus, der Arbeitszeit, der Besoldung und die Streitfrage erörtert, um eine feste Grundlage für die in der bevorstehenden Zeit politischer Hochkonjunktur vom A. D. P. zu vertretende Beamtenpolitik zu schaffen. Er nahm einstimmig eine Entscheidung an, in der

gegen die Durchführung der Abbauschriften, die in vielen Fällen nur einen Vorwand zur Belebung politisch oder gewerkschaftlich mißliebiger Beamten bilden, Protest erhoben wird. Das Verhalten der Reichsregierung, die sich

bis heute noch nicht einmal über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der Fünfzehnrausschusses gefügt und die Bestimmungen zur Personalabbauverordnung noch immer nicht erlassen habe, zeige deutlich die Gefahren, die das Ermächtigungsgesetz auch für die Beamenschaft gehabt habe. Schärf verurteilt wird die diktatorische Verfügung über die Aufhebung des Achtsundtages und der Beruhigung, mit dieser Zwangsmaßnahme der um Aufrechterhaltung des Achtsundtages kämpfenden Arbeitnehmer in den Räumen zu fallen. Die Beamten gesetzten Gehälter werden als Hungergehälter bezeichnet. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die gegenwärtige finanzielle Lage des Reichs durch finanzielle Schonung der Leistungsfähigen verschuldet wurde. Der Beamtenbund fordert deshalb die Sanierung der Reichskassen, die Besteuerung von Kapital und Besitz an der Quelle.

Weiter nimmt die Entscheidung zu dem Berufsucht, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage der Beamenschaft und des Trümmels des Abbaus, sowie unter Benutzung der durch das Ermächtigungsgesetz geschaffenen politischen Lüge der Beamenschaft das Koalitionstreit nehmen, obwohl schamlos zu wollen. Jedes Attentat auf das Koalitionstreit soll mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Der Bundesausschuß erhält zur Abwehr die volle Solidarität des A. D. P. Verbände in denjenigen Beamengruppen, gegen die solche Maßnahmen erlassen werden sollen. Am übrigen erwartet der Bundesausschuß des A. D. P. von den einen Nutzern der dem A. D. P. angeschlossenen Verbände, daß sie aus den gewerkschaftlichen Förderungen der Beamenschaft die partei-politischen Konsequenzen ziehen und auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur solche politischen Partien unterstützen, die eine Gedenk dafür dulden, daß sie in der Entscheidung des Bundesstaates medievale Forderungen des A. D. P. Programms vertreten.

Auch die Behördenangestellten und -arbeiter wehren sich.

Berlin, 16. Januar.

Die für die Reichs-, Staat- und Gemeindebetriebe und Betriebsräte zuständigen freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben zu den Maßnahmen der Reichsregierung über die Regelung der Arbeitszeit in den Betrieben und Verwaltungen der genannten Behörden in folgender Protesterklärung Stellung genommen:

Der Beschluss des Reichstabinens vom 14. Dezember 1923 über die Dienstzeit der Beamten sieht die Winkeldienstdauer der Beamten auf 54 Stunden in der Woche ist.

Der § 13 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 erklärt sodann, daß die den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und den Ländern sowie den Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgesetzten Dienstbehörden das Recht haben, die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer der genannten Betriebe und Verwaltungen, „nach sowohl laufende Verträge dem entgegensehen“, zu übertragen.

Dadurch werden die Arbeiter und Angestellten der genannten Betriebe und Verwaltungen und ihre wirtschaftlichen Vereinigungen des Wirtschaftsministeriums bei der Gestaltung der Bestimmungen über die Arbeitszeit beraubt und die durch Verträge gewährleisteten Rechte rückgängig beendet. Während die gesamte übrige Arbeiterschaft die Möglichkeit der freien tariflichen Vereinbarung der Arbeitszeitbestimmungen selbst nach der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 noch besitzt, wird die Arbeitszeitregelung der Arbeitnehmer der Verwaltungen und öffentlichen Betriebe abhängig gemacht von der von den vorgesetzten Behörden willkürlich festgesetzten Dienstzeit der Beamten.

Damit wird seiner die arbeitsrechtliche Entwicklung rückwärts geführt statt die vom Arbeitern und Angestellten errungenen Errichtungen des sozialen Rechts der jüngsten Zeit auf die Gestaltung des Dienstverhältnisses der Beamten anzuwenden, wie das Recht der Arbeiter und Angestellten durch die Übertragung der Eigenschaften eines rückständigen Beamtenrechts, welches das Dienstverhältnis des Beamten in den Zeiten eines einzigen Gewaltverhältnisses entstanden ist, geschränkt.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen erheben gegen dieses Ausnahmerechts kräftigen öffentlichen Protest. Sie fordern die Besteigung der genannten Bestimmungen und erheben im Namen der beteiligten Arbeiter und Angestellten, Anspruch auf die gleichen Rechtsmittel der Wirtschaftsminister, welche das Dienstverhältnis des Beamten in den Zeiten eines einzigen Gewaltverhältnisses entstanden ist.

Die Gesundung der Wiener Gemeindewirtschaft.

Berlin, 15. Januar.

Aber das Ergebnis einer Studientrave deutscher Kommunalpolitiker nach Wien hat der Berliner Stadtökonom Dr. Karding in diesen Tagen im Berliner Südtiroler Haushaltswirtschaft und vor Beifallserträgen eine Reihe von Verteilungen gemacht, die von außerordentlichem Interesse sind. Dr. Karding, der politisch der Polspartei zugehört, genießt in allen polnischen Kreisen Sympathie als ein ungemein ruhig und sachlich denkender Mann, der zugleich als ein besterragend befähigter und untrütbare Kommunalbeamter gilt. Sein Urteil über die Verhältnisse in der Wiener Gemeinde kann zweiflos Ansporn ergeben. Wenn es seit der Revolution eine rein soziale

Tragödie vergeblich zu suchen wören. „Maschine“ ist die Antithese zur „Handlung“. In beiden offenbart sich ein reines und harles, obschon nicht völlig neues Menschenbild. In beiden ist das Drama in der Lyrik verhaftet, lyrische und tollendenhaften Momente, nicht aber das Leben, werden dramatisiert. In beiden Rollen arbeitet der Dichter mit Visionen, „Traumbildern“, das will nichts anderes besagen, als daß der Einzelvorgang im Allgemeinen sein Symbol finden soll. Wahrend aber in der Handlung die realen Vorgänge greifbar bleiben, erhält Maschine Mensch im Chaotischen menschlicher Vorgänge, in Andeutungen und Annunzien. Immer wieder steht der Mensch im Vordergrund, nackt, einsam, mit dem Körper noch Erziehung. Szenen eines menschlichen Leidens- und Freiheitsweges sind nun einmal das Thema unserer Zeit. In der Handlung ist der Held ein junger Jude namens Giedrich, der aus seiner Familie den Weg zu den andern finden möchte und den Krieg begnügt, weil er dadurch das Vaterland und sein Recht darauf zu erlösen hofft. Jurüdigelehrte, will er als Bildhauer ein Mal des Segens Landes schaffen, aber der ewige Krieg des Kriegsendes läßt ihn das Werk zertrümmern. Er sucht die Menschen, um ihnen den Weg zu sich zu zeigen, redet in Volksversammlungen und endet im Gefängnis. In der „Maschine“ hat eine Frau aus seiner, gläubiger Liebe zum Volke von allem Überkommenen sich gelöst und den Weg zur Maschine gefunden, die in der Gestalt des Ramenloches erscheint. Unter diesem Einstich kommt sie der Menschenfassung der Menge zu; aber in dieser Untreue gegen sich selbst sieht sie ihre Schuld. Freiwillig nimmt sie den Tod auf sich, und es scheint, als wäre ihr Opfer nicht umsonst. Zwei Dichtungen, die gierig nach den kleinen Koschaleiten der Erben den freien wollen, drängt sich unter dem Eindruck des Todeschusses zum ersten Male die Frage: Warum tun wir das? auf die Lippen. Indessen, wenn wir diesen Stein der Vorgänge herauslösen, müssen wir uns versagen möchten, daß der Absatz der spät von den Nachhallen von Hauptmann „Weber“.

Geschehnisse durch tausend Zwischenfälle, ekstatische Szenen, Visionen, Traumbilder unterbrochen wird. Die Szenen sind mehr gewünscht als geformt, mehr Skizze als Gemälde; Form und Sprache richten sich je nach der Stimmung, sind stilisiert oder auch realistisch. Schwärzige und Phantastische steht, im dichten Wechsel nebeneinander wie der schreckliche Totentanz der Gotte. So bleiben die Schatten ohne Boden und Hintergrund, und den Szenen fehlt oft die kulturelle Voraussetzung. Typen werden nicht zu Menschen, Funktionen nicht zu Schichten. Alles Mängel, aber immer bleibt das Ausgehen im Menschenbildschaf, die Schnauze zur Gemeinschaft und darüber hinaus zur Menschenverbildung. Der Weg Friedeck in der „Handlung“ ist Toller's eigener Weg: aus der Künstlerwerkstatt in den Schauspielgraben, vom Schlachtfeld zur Einsonnenkeit der Kunst, von der Kunst zum Revolutionsaufgebot. Das Verhältnis beider Werke ist, daß sie aus heimlich Erleben und Bekanntnisdrang, aus jugendlichem Gesäßüberchwang herausgewachsen sind. Toller hat das selbst empfunden, wenn er im Vorwort zur neuen Ausgabe von „Maschine“ sagt: „Die Revolution sei darin noch nicht feindliches Bild geworden, sondern im Seelenchaos festen geblieben“. Das neue aber, das er begegneten hat, ist, sein Drama aus der geistigen und seelischen Welt des Proletariers heraus geschaffen und daher die Erkenntnis gewonnen zu haben, daß auch proletarische Kunst im Menschenbild münden muß, nicht für sich allein bestehen kann. Das Menschliche eben geht den „Maschinenfürstern“ ab, in ihnen ist es zum Historielle geworden, weil es nur von außen heringeprägt wird. Das Stück stellt einen Abschnitt aus der Puppenbewegung von 1915 dar, die Zersetzung der Maschinen durch die betroffenen Arbeiter. Der mögliche Abschluß der Massenbewegung verfolgt auch hier nicht, aber das Schicksal des jungen Arbeitersführers, der sich mehr zugänglich an die Spitze schwingt, kann auf die

so wenn ein aus dem Augenblick emporsteigendes Bild zündet. Vielleicht findet sich mit diesem Weile schon die langlebige Wandlung im Dichten an. Zwar „Der alte Schuhmann“ wie der „Entfesselte Botan“ zeigen keine Form, sondern Schale zu gestalten, nicht in der Form des Individuellen, sondern in der des Typischen. Wenn in dem Hofschauspieler Menschenbild gegen Menschenbegleitung steht, so ist das ein beachtenswerter Schritt im Schaffen des Dichters; doch daraus einzusehen, daß die Ausführung Gelegenheit geben. Ähnlich in der Komödie „Der Entfesselte Botan“, wo der Dichter zum ersten Male bestreitend Lachen über den „Fluch der Sozialistin“, über die „Schmach dieser Zeit“ empfindet. Sein Kritiker Wilhelm Dietrich Botan, dem es durch die Tumult und Leichtgläubigkeit der Menschenchen so bewogen gemacht wird, seine europäische Kulturanderung gesellschaft zu gründen, und deren bestreitend erster Vorhang der Künstler ist, doch daraus einzusehen, daß die Formen wohl mit Absicht oft ungemein zugespielt den Hörern zugeworfen werden. Von dem psychologischen Gesetz, daß jede starke Hebung eines Elementes im Seelenleben seine Umgebung mit sich reicht, ging er aus und zeigte, wie Kunst und Verbrechen einen psychologisch unlösbaren Grund haben. Die finsternen Urgründen gehören zu den Säulen der Dichtung, und ein jeder von uns fühlt, daß zu einem gewissen Grade, ein Scheinleben, spielt mit sich selbst. Und auch Sagen und Märchen zeichnen von dieser Neigung zum Verbrecherischen, wobei die Oberfläche primär, unzählig anstrengt und Formen vielleicht stärker anstrengt und deren ausgedient werden können. In der Neigung zum Grausamen lag der Vortragende eine Hauptursache der Tragik und suchte seine These durch eine Reihe gestalt ausgedehnter Beispiele zu erläutern. Von Schauspieler und Schüler führt der Weg über Weiber, die in angeblichem Verhältnis zum Kriminalischen der Redner zu widerlegen suchte, bis zu Strindberg und Wedekind, deren ganzes Schaffen eine Abrechnung mit sich selbst ist. Wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß die Belege in das System gelegentlich hineinkontruiert wurden, so war der Hauptgewinn doch der, daß psychologisch

listisch verwaltete Gemeinde. Die Leitung der Stadt hat sich stets auf eine Zweidrittelmechtheit in der Stadtvertreterversammlung stützen können.

Au so später ist der Standort, den Dr. Karding von dem Zustand der städtischen Wirtschaft in Wien übermittelte. Die Stadtkassen sind gesättigt, die Gemeinde ist in keiner Form auf Kredite bei den Banken angewiesen, sie verfügt über laufende Betriebsfonds im Höhe von vielen Goldmillionen und ist in der Lage, dank der Höhe ihrer Betriebsmittel, über notwendig gewordene Ausgaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu disponieren. Wohnungswirtschaft und Mieterschutz sind nicht abgebaut, und ein Abbau ist auch nicht beabsichtigt. Die Mieten betragen — abgesehen von sozialer Glastellung der großen Wohnungen — durchschnittlich vier bis fünf Prozent der Riedensumme. Die Gemeinde hält dafür in großzügiger Weise selber neue Wohnungen. Das Wohnungsbauprogramm für dieses Jahr sieht den Neubau von 8 000 bis 9 000 Wohnungen vor. Die Stadt hat das Maß kultureller und sozialer Fürsorge nicht nur sich erhalten, sondern steigern können. Die gesamte städtische Wirtschaft erwies den Standort vollster Blüte. Bekannt ist das von der Gemeinde Wien jetzt in Angriff genommene Projekt, die Wiener Stadtbahn zu elektrifizieren.

Dr. Karding versichert, daß die deutschen Kommunalpolitiker, die bereits im Frühjahr 1923 auf einer Dresdner Tagung durch einen Memorandum des Wiener Kämmerers, Dr. Breitner über die Aussichten der Wiener Gemeinde unterrichtet worden waren, mit großer Sorge ihre Reise angekreuzt hätten, und daß ihre Erwartungen weitesten übertrroffen worden seien. Er führt diese überraschende und erfreuliche Erfahrung, die Wien den Auf eingetragen hat, eine der bestverwalteten europäischen Hauptstädte zu sein, in einer Linie auf die energische und zielbewusste Steuerpolitik der Gemeinde zurück. An der Tat wurden in der Periode der Inflation in Wien die städtischen Tarife und Abgaben wie auch die Steuern mit einer Rücksichtslosigkeit eingezogen, die in deutschen Städten in der Regel als unmöglich gilt. Wien erhebt heute noch eine Sozialzulage von nicht weniger als 4 1/4 Proz. (in Deutschland erhebt nur Hamburg 4 Proz.), bei Banken und Kreditinstituten steigt sie sich auf 8 1/2 Proz.

Zum Teil kommt darin allerdings zum Ausdruck, daß Wien, ähnlich wie bei uns die früheren sogenannten Freistädte, steuerrechtlich günstiger gestellt ist als die deutschen Gemeinden, die zwischen sich und dem Reich noch die Zwischenstufe der Länder haben.

Das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt jedenfalls, daß eine sozialistische Gemeindemehrheit, die genugend gesetzest ist und weiß, was sie will, in der Lage ist, überraschend schnell die städtische Wirtschaft zu sanieren. Es ist besonders bezeichnend, daß gerade Dr. Karding in seinem mündlichen Ausführungen aufrichtig betonte, daß man in Wien vielleicht nicht trop, sondern gerade wegen dieser energetischen Sanierung der Gemeindeverhältnisse auch allgemein wirtschaftlich besser vorankomme, als es zurzeit im Deutschland noch der Fall sei. Die Ar-

geseigt wurde, wie in der Natur künstlerische und verbrecherische Eigenschaften verbunden sind. Der sinnierende Vortrag erhielt noch dadurch seine besondere Würze, daß zahlreiche Einzelzüge aus den langjährigen persönlichen kriminalistischen Erfahrungen eingeschlungen wurden.

Arne Gaborg †. Wie aus Christiania berichtet wird, ist im Alter von 73 Jahren, Arne Gaborg in der norwegischen Stadt Oslo gestorben. Mit Hans Jøger und Kristian Strohg einer der Begründer und Hauptverkäufer des später durch Knut Hamsun in höhere Kunsphären gehobenen Naturalismus in Norwegen, hatte sich Gaborg durch eine Reihe von Romanen eine fast europäische Geltung verschafft, um aber ebenso schnell wieder vergessen zu werden. Besonders die Bücher „Milde Seelen“ und „Bei Mama“ sind viel gelesen, erziert, bewundert und begeisterzt worden. Beide Bücher gehören zu den Hauptwerken der psychologischen Dichtung, die gegen das Jahrhundertende im Anschluß an Tolstoi jeweils in der europäischen Literatur sich entwickelt hatte. Die Romane Gaborgs stellen sehr rein die nordische Phase dieser Bewegung dar: schwer, dunkel, quälend, eine Psychologie des Verdrängens und Trübsal, ohne Pech und Helle. Bücher eines Menschen, der schwer am Leben trug und nicht, wie hamun, nach dem „Hunger“, den Weg aus seiner beschatteten Seele, in hellere Weißlichkeiten fand. Gaborg hat in seinem dritten Roman, den „Bauernstudenten“ versucht, stärker aus der inneren in die äußere Welt hinauszutreten. Es ist ihm hier auch ein Bild eines typisch norwegischen Stück Lebens gelungen; die lastende Schwere aber blieb auch hier. Es war mehr als Marotte, daß Gaborg schon um 1909 seinen eigenen Tod für das Jahr 1911 vorausgesagt und weitere Arbeiten ablehnte: Leben hieß für ihn immer nur unter dem Schatten des Todes stehen. Das Bleibende an seinem Werk ist die Kraft, mit der dieses Lebensgefühl geprägt worden ist.

Wissenschaftliche Nachrichten. „Frisch“. Sitzung Donnerstag, 17. Januar, abends 7 Uhr (Mineralogisches Institut der Technischen Hochschule). Samstagsabend Dr. Menzel: Neues über die Lausitzer Braunkohlenlager. Studentat Dr. Baunz: Sächsische Herbarpflanzen des 17. Jahrhunderts; Albertus Magnus als fränkischer Botaniker.

Sächsische Staatszeitung. Oberholz, Freitag, 18. Januar. „Oberholz und Gaukiste“ mit Anna Terrell, Ella Stünzer und Angela Koenig. Tanz- und Gesangseinheiten mit Susanne Domke, Wallfahrtserzählung: Streicher-Spielerei: Toller. Am. 18. 1. 1924. Schauspielhaus. Freitag, 18. Januar für die Breitach-Kreisheimde der Reihe A: Sinfonia „Wien“ von Barnhelm mit Alice Berden, Jenny Göttsche, Friedel Gessner, Alfred Röger, Alexander Wenzel, Adolf Müller, Erich Ponto und Clara Salhoff in den Hauptrollen. Spielzeit: Abgänger Worth Anfang 7 Uhr.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, Gr. Zwingerstr. 16. — Druck von B. G. Teubner. — Dazu eine Beilage und Landtagsbeilage Nr. 119.

bücherhafte, die ja einen hervorragenden Anteil an der Führung kommunaler Geschäfte nimmt, hat jedenfalls alle Verantwortung auf dieses Vor aus Kardings Mund zu sein.

Die unsfähige Regie.

Das englisch-französische Eisenbahnu- Abkommen gescheitert.

London, 15. Januar.

Noch einer Meldung aus Paris hat Poincaré die Genehmigung des zwischen den Arbeitern der Regie und den deutschen und englischen Vertretern abgeschlossenen Abkommens verweigert, weil nach dem Abkommen die deutschen Eisenbahner in der britischen Zone nicht der Regieverwaltung unterstellt werden sollten. Die enklische Regierung hat es abgelehnt, den französischen Forderungen auf diesem Gebiete entgegenzukommen. Infolge des Verhaltens Poincarés sei, wie der Sonderberichterstatter der „Times“ in Köln meldet, die Lage der Dinge in Köln wiederum ernst. Die Regie habe sich, was insbesondere den Gütertransport betrifft, als die unzulänglichste Eisenbahnverwaltung in Europa gezeigt. Sie könne nicht einmal die auf Grund des Düsseldorfer Abkommens abgeschafften Kohleslieferungen bewältigen. Wenn durch die Wiederherstellung des Durchgangsverkehrs durch Köln die leichte Entschuldigung für ihre Unzulänglichkeit bestätigt würde, so würde die Regie vor der Welt als mit einem belästigenden Widerspruch belastet erscheinen. Daher liege den Franzosen daran, eine Regelung zu verzögern. Mit Hilfe der Propaganda hoffen sie, die Engländer für die beschämende Vertragsverhältnisse verantwortlich und die britische Verwaltung unbedingt zu machen. Die Wirkung der Auslieferung der Eisenbahnen an Frankreich würde sich in vielen Richtungen zeigen. Sie würde einen unheilvollen Schlag gegen das britische Prestige bedeuten. Die feste Haltung der britischen Regierung sei aber ein beruhigender Beweis dafür, daß eine derartige Katastrophe Unterwerfung nicht erfolgen werde.

Die Konstituierung des 60er Ausschusses in Köln.

Köln, 15. Januar.

Der heute im Spanischen Bau zusammengetretene 60er Ausschuß, dessen Vollversammlung Proklamationen vorangingen, nahm zunächst die Wahl des Präsidiums vor. Zum ersten Vorsitzenden wurde August Mönnig (Krefeld) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Begeordneter Dr. Meersfeld-König (Sol.), zu Beispielen Prof. Dr. Moldenhauer-Köhl (D. B.). Richter Hall (Dem.) und Nippel-Hogen (Deutschnat. B.). Außerdem wurde ein aus 15 Mitgliedern bestehender Ausschuß zur Erledigung der laufenden Geschäfte gewählt. Er sieht sich aus folgenden Herren zusammen: Adenauer, Högen, v. Doe, Mönnig, Weicker vom Zentrum, Gerlach, Haas, Kutsch, Meckel und Reuter von der Sozialdemokratie, Kruse und Woldenhauer von der Deutschen Volkspartei, Hall von der Demokratischen Partei, Nippel von der Deutschen Nationalen Volkspartei und Dr. Voerderbörger von der Bayerischen Volkspartei. Damit hat sich der Ausschug endgültig konstituiert.

Geza Pichy †. Der ungarische Komponist und Klavierei Geza Pichy ist in Budapest im 75. Lebensjahr gestorben. Unter allen Virtuosen war er sicherlich der eigenartigste; er hatte nur eine linke Hand und war doch ein Meister auf einem Instrument. Im 14. Lebensjahr hatte er auf der Jagd den rechten Arm eingebüßt, aber durch seine Leidenschaft für die Musik angetrieben, überwand er alle Schwierigkeiten. Seine Werke, darunter auch Lieder, bildten ihn aus, und so konnte er in zahlreichen Konzerten aufzutreten. Die Stücke bearbeitete oder komponierte er selbst für seine linke Hand. Er komponierte auch Chöre und Opern („Alat“ wurde 1898 in Berlin aufgeführt).

Das Landestheater in Neustrelitz niedergebrannt. Wie telegraphisch gemeldet wird, brach gestern früh im Gebäude des Neustrelitzer Landestheaters Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einstürzte. Der größte Teil der Dekorationen und Garderobendekorationen ist den Flammen zum Opfer gefallen. Bühnentraum und Foyer sowie die meisten anderen Räume sind völlig ausgebrennt. Der Dachstuhl und die Kuppel sind im sich zusammengebrochen.

Wissenschaftliche Nachrichten. „Frisch“. Sitzung Donnerstag, 17. Januar, abends 7 Uhr (Mineralogisches Institut der Technischen Hochschule). Samstagsabend Dr. Menzel: Neues über die Lausitzer Braunkohlenlager. Studentat Dr. Baunz: Sächsische Herbarpflanzen des 17. Jahrhunderts; Albertus Magnus als fränkischer Botaniker.

Sächsische Staatszeitung. Oberholz, Freitag, 18. Januar. „Oberholz und Gaukiste“ mit Anna Terrell, Ella Stünzer und Angela Koenig. Tanz- und Gesangseinheiten mit Susanne Domke, Wallfahrtserzählung: Streicher-Spielerei: Toller. Am. 18. 1. 1924. Schauspielhaus. Freitag, 18. Januar für die Breitach-Kreisheimde der Reihe A: Sinfonia „Wien“ von Barnhelm mit Alice Berden, Jenny Göttsche, Friedel Gessner, Alfred Röger, Alexander Wenzel, Adolf Müller, Erich Ponto und Clara Salhoff in den Hauptrollen. Spielzeit: Abgänger Worth Anfang 7 Uhr.

Der Rüttelschwur der Pfälzer.

Clive in Mannheim.

Mannheim, 15. Januar.

Der englische Generalkolonial Clive empfing heute die berufenen Vertreter der Pfälzer Bevölkerung zu einer Aussprache über die Lage. Außer den Vertretern sämtlicher Verbände der Pfalz, der Arbeitnehmer und Gewerkschaften, der Vertreter aller politischen Parteien und der Presse waren das Oberhaupt der katholischen Kirche der Pfalz Bischof D. Sebastian und der Präsident des protestantischen Oberkirchenrates Dr. Fleischmann erschienen, um dem englischen Regierungsvorsteher die durch den separatistischen Terror geschaffene Lage zu schärfen. Diese Tagung übertraf noch die Bedeutung der Notabelnversammlung der Pfalz am 18. Mai 1919, die damals einstellig die sogenannte freie Volksbewegung der Pfalz, die dasselbe Ziel wie der Separatismus verfolgte, abgelehnt hatte. Die Aussprache ergab ein erschütterndes Bild der Dualen des Volkes und zeigte, daß die Separatisten nur durch den Schutz des französischen Provinzdelegierten für die Pfalz Generals de Mey und seiner Bevölkerungsdelegierten sich setzen konnten und ihre Gewaltbereitschaft gegen den einstigen Willen der mehrheitlichen Bevölkerung aufrechterhalten können. Besonders eindrucksvoll machte die Erklärung eines Arbeitervorsteher, daß 29 vom Hundert der Bevölkerung den tatsächlich hincingetragenen Separatismus aufs schärfste verurteilten und niemals die unlauteren Elemente, die sich die Regierungswahl annahmen, als ihre Vertreter anerkennen wolle. Noch nie und in keinem Punkte sei das pfälzische Volk so einig gewesen wie in seiner Absehung des Separatismus. Es war ein bedeutungsvoller Augenblick historischer Bedeutung, als die berufenen Vertreter des pfälzischen Volkes sich zu folgender Kundgebung vor ihren Eignern erhoben:

Die berufenen Vertreter sämtlicher Verbände und Gewerkschaften der Pfalz erklärten dem englischen Generalkolonial Clive, als dem Abgeordneten der Regierung Großbritanniens, daß sie das pfälzische Volk auch unter den fürchterlichen Drangsalen der Gewaltbereitschaft der sogenannten separatistischen Regierung als einer Horde landstreicher Elemente niemals beugen würden. Nur durch die direkte Unterstützung der Separatisten durch die französische Besatzung wurde diese Gewaltbereitschaft gegen eine wehr- und waffenlose Bevölkerung möglich. Im Namen der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes einer kulturell hochstehenden Bevölkerung von 800 000 rheinland-pfälzischen Männern hätten wir den Vertreter der britischen Nation, bei seiner Regierung dahinwirken wollen, daß der Pfalz wieder der Reichsboden der deutschen und bayerischen Verfassung, des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens gegeben und die Bevölkerung von der separatistischen Dynastie und Verstümmelung befreit werden.

Die Verhandlungen über das Statut von Tanger.

Paris, 15. Januar. Schließlich habe Doehmel eine formelle Beauftragung Ulains nach München zu Ludendorff und Hitler ausgesprochen. Nun erklärte Doehmel, vor dem Abreise müßten die Vereinbarungen in einem formellen Vertrag niedergelegt werden. Nach längstem Zureden habe er den Vertrag unterschrieben.

Bevorstehende Ratifizierung des französisch-tschechischen Vertrages.

Berlin, 15. Januar.

Wie das „Comité bureau“ von unterrichteter Seite erfuhr, wird die Ratifizierung des zwischen der Tschecho-Slowakei und Frankreich abgeschlossenen Vertrages noch in dieser Woche vollzogen werden. Es erscheint geboten, bei Beurteilung der Vorgänge aus den Belgrad-Konferenzen größte Vorsicht walten zu lassen amgesichts der Tatsache, daß sich über die Ergebnisse des diplomatischen Ringens zwischen Frankreich und England auf dem Balkan noch kein klares Bild gewinnen läßt. Wie von einigermaßen diplomatischer Seite verlautet, ist der Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Jugoslawien durchaus unabdingbar; bei dem Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien dürfte es sich, wie in diesen Kreisen behauptet wird, vielmehr um die Durchführung des bereits bestehenden Abkommens als um einen neuen Vertrag handeln.

Die Verhandlungen über das Statut von Tanger.

Paris, 15. Januar.

Die Verhandlungen zwischen Paris und Madrid über das Statut von Tanger werden fortgesetzt. Gestern ist dem spanischen Botschafter in Paris die Antwortnote der französischen Regierung auf das spanische Memorandum zur Übermittlung an seine Regierung zugestellt worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Hamburg 15. Januar.

Die Neutermeldung, daß der Streit, der auf deutschen Schiffen in englischen Häfen ausgebrochen ist, eine beträchtliche Ausdehnung erfahren habe, entspricht nicht, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, den Tatsachen. Vielmehr ist es der englischen Polizei im Zusammenwirken mit Vertretern der deutschen Botschaft gelungen, am vergangenen Sonnabend einen Teil der deutschen Schiffe in London wieder in Fahrt zu setzen. Es ist demnach anzunehmen, daß die geläufige Streitbewegung im kurzen Zeitraum erledigt sein wird.

Helsingfors, 15. Januar.

Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Präsidenten der Republik und in der Frage der Auflösung des Reichstages, der sich die Regierung widersetzt hat, reicht die Regierung ihr Rücktrittsgesuch ein.

London, 15. Januar.

Reuter meldet aus El Pazo, die mexikanischen Aufständischen versichern, daß sie den Hafen von Tampico blockiert hätten, und daß sie daher imstande seien, nächstens vom Lande aus anzugreifen.

Wirtschaftszahlen vom 16. Januar.

Telearmmittlungs 4200 Milliarden, Goldmarkt

1600 Milliarden, Reichsrichtzahl für Lebenshaltung 1130 Milliarden (— 1,5 %), Sächs. Richtzahl 156 Milliarden (— 1,7 %), Großhandel 119,7 Milliarden (— 2,2 %), Goldankaufspreis 29,99 — 19,267,5 Milliarden, Silberankaufspreis 1 M. — 400 Milliarden, Steuern- und Girohandelszählung: 1600 Milliarden.

Wirtschaftliche Devisenkurse.

Berlin, am 16. Januar 1924.

Notierungen in Millionen der Einheit der Währung.

Telegraphische Ausgabezeit auf:	16. 1.	16. 1.
Holland ... 1 Gulden	1581020	1580902
Hannover ... 1 Reine	726155	726048
Gewerben ... 1 Reine	1112850	1110785
Nürnberg ... 1 Reine	588250	588150
Heidelberg ... 1 M. M.	1058259	105704
Stettin ... 1 Grosz	730564	730366
Wien (S.-B.-B.) ... 1 M.	10,650	10,550
Brug ... 1 Reine	123440	123400
Budapest ... 1 Reine	154,613	155,398
Spanien ... 1 Peseta	641643	644257
Brasil ... 1 Reine	170558	177442
Japan ... 1 Yen	197539	180470
London ... 1 Pf. Sterl.	1796550	1804500
New York ... 1 Dollar	418650	421050
Berl. ... 1 Reine	193518	194485
Europ. Wiss ... 1 Peso	1262513	1263487
Ungarn ... 1 Forint	33,23	30,577

Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung

zum Preise von 20 Pfennig das Stück jederzeit zu haben

in Leipzig: in der Rossmarkt-Buchhandlung, Sortiment, Rolf Arnst, Universitätsstraße 15, beim Bahnhofsbuchhändler im Hauptbahnhof;

Amtlicher Teil.

Verordnung über Abzahlung der Dienstbezüge an abgeordnete Beamte.

Vom 12. Januar 1924.

Um den Geschäftsgang zu vereinfachen und pünktliche Zahlung zu gewährleisten, sind die Dienstbezüge an abgeordnete Beamte künftig durch die Kosten derjenigen Stellen zu zahlen, zu denen die Beamten abgeordnet sind. 8334

Die Unterlagen für die Berechnung der Dienstbezüge und Steuerabzüge sind den zahlenden Kosten von den abgeordneten Beamten vorzulegen.

Sind Kosten ein und desselben Planjahrtsbeteiligt, so hat ein Ausgleich zu unterbleiben. Die Zahlung ist lediglich in den Rechnungsbüchern zu erläutern. Kosten verschlechterer Planjahr haben dagegen auf billigstem Wege nach Beendigung der Abordnungen, und wenn die Abordnungen über den Schluss eines Rechnungsjahres hinaus fortbauen, für das abgelaufene Rechnungsjahr spätestens bis zum 15. April des nächsten Rechnungsjahrs miteinander abzurechnen. 34 II

Dresden, 12. Jan. 1924. Gesamtministerium.

Verordnung für die häuslichen Staat lassen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 15. Januar 1924.

An die Stelle der bisherigen Bestimmungen über das Steuerabzugsvorfahren (Centralblatt f. d. Deutsche Reich 1922 S. 19 und der zur Ergänzung erlassenen Gesamtministerialverordnungen), die mit Ende 1923 außer Kraft treten, tritt mit dem 1. Januar 1924 ein neues Verfahren. Es findet erstmalig Anwendung auf den Arbeitslohn, der für eine Leistung gezahlt wird, die nach dem 31. Dezember 1923 erfolgt. Daher ist der Steuerabzug von den Januarträtern bereits nach dem neuen Verfahren zu bewirken. Hat dies nicht geschehen können, so hat der Ausgleich bei der nächsten Zahlung zu erfolgen. Der Steuerabzug ist für sämtliche dem Steuerabzug unterliegenden Personen, die Bezüge aus öffentlichen Kosten erhalten, vorzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Beamte, Angestellte oder Arbeiter, und ob es sich um Personen handelt, die in einem dauernden oder nur vorübergehenden Dienstverhältnis stehen. Die mit der Lohn- und Gehaltszahlung beauftragten Staatskassen werden angewiesen, dementsprechend zu verfahren und hierbei folgendes zu beachten:

1. Berechnung der Steuer.

Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abgängig fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand sowie zur Abgeltung der Betriebslosen- und sonstigen Abzüge als Steuer einzubehalten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers bei jedem Arbeitnehmer ein bestimmter Teil des Arbeitslohns, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohns,

1. für volle Monate 50 Goldmark monatlich,
2. - - Wochen - 12 - wöchentlich,
3. - - Arbeitstage 2 - täglich,
4. - - längere Zeiträume 0,50 - für je zwei angefangene ob. volle Arbeits- fenden

vom Steuerabzug frei. Durch diesen sogenannten „neuerfreien Lohnbetrag“ werden die Verhänglosen abgezogen, der Familienstand wird besonders berücksichtigt (s. u.). Die unter 1 bis 4 bezeichneten Beträge scheiden also bei der Berechnung der Steuer von vornherein aus und sind daher vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen.

Von dem den neuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohns sind bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. als Steuer einzubehalten, sofern es sich um einen ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt. Der Satz von 10 v. H. erhöht sich um 1 v. H. für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder des Arbeitnehmers, wenn sie auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkt sind, sowie für jeden auf dem Steuerbuch vermerkten mittellosen Angehörigen des Arbeitnehmers. Der hierauf einzubehaltende Hunderttag ergibt sich aus der Tabelle unter 4.

2. Überweisungsverfahren.

a) Grundsätzlich hat jeder Arbeitgeber die eingehaltenen Beiträge in bar oder durch Überweisung an die Kasse des Finanzamts abzuführen, in dessen Bezirk die Betriebsstätte liegt.

Es sind abzuhalten

die in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Monats eingehaltenen Beiträge spätestens bis zum 15., die in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Monats eingehaltenen Beiträge bis zum 25. dieses Monats, die in der Zeit vom 21. bis zum Schluss eines Monats eingehaltenen Beiträge bis zum 5. des folgenden Monats.

Tabelle ist anzugeben, daß es sich um Steuerabzugshöhe handelt und für welchen Zeitraum sie gezahlt werden.

Diese Tabelle sind unbedingt einzuhalten, weil nach Art. XVIII § 1 der zweiten Steuerverordnung vom 19. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1206 bez. 1227), wenn die Frist auch nur um einen Tag überschritten ist, für jeden angefangenen halben Monat Zuschläge in Höhe von 5 v. H. des Rückstandes erhoben werden.

b) Von den staatlichen Kosten sind die Abzüge mittels Abschlagsquittung, ebenfalls unter Einhaltung der Fristen unter a., abzuführen; zu vgl. Verordnung des Gesamtministeriums vom 28. De-

zember 1923 (Sächs. Staatszeitung Nr. 300 vom 29. Dezember 1923).

3. Einzelheiten.

a) Arbeitslohn.

Dem Steuerabzug unterliegt wie bisher der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienst beschäftigte oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form, beziehen. Deshalb unterliegen künftig auch Dienstaufwandentschädigungen von Privatangestellten dem Steuerabzug. Im Gegensatz zu den in privaten Dienstverhältnissen angestellten Personen sind jedoch Aufwandsentschädigungen für die im öffentlichen Dienste angestellten Personen im Sinne des § 34 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei.

b) Steuerbuch.

Der Arbeitgeber ist noch wie vor an die amtlichen Eintragungen aus dem Steuerbuch gebunden. Er darf einen hinzugekommenen Familienangehörigen (z. B. durch Heirat oder Geburt eines Kindes) erst dann berücksichtigen, wenn das Steuerbuch von der Gemeindebehörde berichtigt worden ist. Auf den Rechnungsbüchern für 1924 ist lediglich der Familienstand vermerkt. Der neuere Lohnbeitrag ist nicht eingetragen. Er ist ohne weiteres vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen. Mittellose Angehörige sind nur zu berücksichtigen, wenn sie vom Finanzamt auf dem Steuerbuch vermerkt sind. Das Steuerbuch und die Einlagebogen (beim Rentenverschaffung) hat der Arbeitgeber während der Dauer des Dienstverhältnisses bis zum Schluss des Kalenderjahrs aufzubewahren. Er darf das Steuerbuch nur dann dem Arbeitnehmer vorübergehend aushändigen, wenn dieser glaubhaft macht, daß er das Steuerbuch zur Vorlage bei einer Behörde benötigt. Weigert sich der Arbeitnehmer, das Steuerbuch vorzulegen, so hat der Arbeitgeber 10 v. H. des vollen Arbeitslohn - ohne jede Ermäßigung - als Steuer einzubehalten.

c) Abschlagszahlungen.

In den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß als Lohnzahlung auch Vorschuss- und Abschlagszahlungen gelten. Sofort ist auch von diesen Zahlungen der Steuerabzug vorzunehmen.

1. Wird die Abschlagszahlung nach dem überfälligen berechneten Arbeitslohn eines Teils des Lohnabrechnungszeitraums bemessen, so sind die für diesen Teil geltenden neuere Lohnbeiträge in Abzug zu bringen.

11. Es ist jedoch zulässig, auf die Abschlagszahlungen zunächst den vollen für den Lohnabrechnungszeitraum geltenden neuere Lohnbeitrag anzutreten und von dem Rest den sich nach dem Familienstand ergebenden Hunderttag einzuhalten. Alle weiteren Erleichterungen, die bei Abschlagszahlungen bisher zugestanden waren, sind aufzugeben.

d) Kündigung.

Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit, sondern nach dem Erfolg der Arbeit gezahlt, z. B. bei Aufführung, so sind von dem vollen Lohnbetrag 10 v. H. ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers einzuhalten. Der neuere Lohnbeitrag darf nicht in Abzug gebracht werden.

e) Einmalige Einnahmen.

Erhält ein Arbeitnehmer außer seinen laufenden Bezügen einmalige Einnahmen, z. B. Tantiemen, Gratifikationen, so ist vom vollen Betrag dieser Einnahmen der sich nach dem Familienstand ergebende Hunderttag als Steuer einzuhalten. Auch hier darf der neuere Lohnbeitrag nicht in Abzug gebracht werden.

f) Abrundung.

Die durch Abzug vom Arbeitslohn einzuhaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen auf den nächsten durch 5 Goldpfennige teilbaren Betrag nach unten abzurunden.

g) Ausweise, Nachweiszettel, Zusammensetzungen.

Über die Auszeichnung der Ausweise am Schluss des Kalenderjahrs bis sowie der Nachweiszettel und Zusammensetzungen wird demnächst besondere Verordnung ergehen.

4. Tabelle.

Aus der nachstehenden Tabelle ergibt sich der Hunderttag, der nach Abzug des neuere Lohnbeitrags als Steuer einzuhalten ist. 8335

Zahl der minderjährigen Kinder und mittellosen Angehörigen	Verheirateter Arbeitnehmer	Ehegatte oder verwitweter Arbeitnehmer
-	9 v. H.	10 v. H.
1	8 -	9 -
2	7 -	8 -
3	6 -	7 -
4	5 -	6 -
5	4 -	5 -
uw. uw.		

Dresden, 15. Januar 1924. Gesamtministerium.

Der höhergelegene Chilenische Konsul in Dresden, Friedr. Wilh. Müller-Aue, ist verstorben. Seinen Sohn Dr. Friedr. Wilh. Müller-Aue wird als vorläufiger Vertreter dieses Konsulats b. a. w. anerkannt und zugelassen. 8336 Dresden, 15. Januar 1924. Wirtschaftsministerium.

9. Besteitung von Umweltsteuer. Bei-

der in den nächsten Tagen beginnende 9. Besteitung der Gemeindeanteile an der Umweltsteuer erhalten die Gemeinden als zweite Abschlagszahlung auf den Monat Dezember 1923 und als erste Abschlagszahlung auf den Monat Januar 1924 einen Gemeindeanteil von insgesamt 18 Goldpfennigen auf den Kopf der Bevölkerung. Die Überweisungsbeträge werden auf volle Goldmark nach unten abgerundet. Anteile unter 3 Goldmark werden nicht überwiesen. [8320] 26 v. Zoll. Dresden, 12. Jan. 1924. Finanzministerium, III. Abt.

Anlage B Gründung-Bilanz per 1. Januar 1923.

	Passiva
1. Gebäude-Konto	M. 1 434 120.-
2. Grundstücks-Konto	238 680.-
3. Maschinen- und Werkzeuge-Konto	443 190.-
4. Kraftanlage-Konto	1.-
5. Elekt. Anlage-Konto	1.-
6. Modelle-Konto	1.-
7. Inventar-Konto	1.-
8. Patente-Konto	1.-
9. Massen-Konto	240 907,90
10. Rationen-Konto	6 616,05
11. Debitor-Konto	18 969 685,21
12. Wertpapiere-Konto	12 752 140,-
13. Waren-Konto	958 045,-
14. Rohstoffarten-Konto	1 957 945,-
15. Aktiv-Hypothek-Konto	3 000,-
16. Betriebsungs-Konto (125 000 M. Geschäftsanteile Herzog)	90 000,-
	M. 37 094 334,16

Passiva

17. Creditoren-Konto	M. 15 736 029,18
18. Gebäude-Unterhalt-Konto	250 000,-
19. Postbetriebe-Konto	13 403 059,98
20. Übergangs-Konto	2 425 245,- M. 31 814 334,16

mitin Sachsenlage M. 5280 000,-

Bon den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Steueroften kann bei dem unterzeichneten Amtsgericht, von dem Prüfungsbericht der Steueroften auch bei dem Handelskammer Dresden, Eintritt genommen werden. (Geschäftsraum: Dresden-Reich, Leubener Str. 18.)

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 14. Jan. 1924.

Auf Blatt 2220 des Handelsregisters, betr. die Firma Weineck Eisen & Vorrichtungsfabrik (vorm. E. Leichter) in Dresden, Zweigniederlassung der in Weineck unter der gleichen Firma bestehenden Aktiengesellschaft, ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Generalversammlung vom 27. Oktober 1923 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschluss angegebenen Bestimmungen zu erhöhen a) um neue Millionen Mark durch Ausgabe von dreitausend Stammaktien zu je einschauend Mark und eintausend Stammaktien zu je sechstausend Mark, b) um eine Million Mark durch Ausgabe von eintausend Vorzugaktien zu je zehntausend Mark, die sämlich auf den Inhaber laufen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt.

Das Grundkapital beträgt nunmehr fünfzig Millionen Mark und zerfällt in zweitausendfünfhundert Stammaktien zu je eintausendfünfhundert Mark, fünfundzwanzig Vorzugaktien zu je eintausendfünfhundert Mark, zweitausendfünfhundert Stammaktien zu je eintausend Mark, zweitausend Stammaktien zu je sechstausend Mark und fünfhundert Vorzugaktien zu je zehntausend Mark.

Sämtliche Aktien laufen auf den Inhaber. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. April 1885 ist demgemäß in dem § 4 und weiter in den §§ 7, 16, 21, 28 und durch Eintragung des § 4a durch Beschluss der Generalversammlung laut Notariatsprotokolls vom gleichen Tage geändert worden. Es wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die neuen Aktien werden zum Kurs von einhundert Prozent ausgegeben.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 15. Jan. 1924.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 1860 die Aktiengesellschaft Verwaltung & Revision-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Oktober 1923 festgestellt und am 10. Januar 1924 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Betrieb von Verleihunternehmungen in Lande und zu Wasser und die Beteiligung an solchen (z. B. durch Aktienverwertung oder anderweitige Anteilnahme); 2. die Übernahme und Revision der Güter, Bilanzen und Abrechnungen sowie der Geschäftsführung von Unternehmen und wirtschaftlichen Vereinigungen aller Art, die Beratung jünger und die Erklärung von Gütern in geschäftlichen Angelegenheiten; 3. die Verwaltung und der Erwerb von Vermögen jeder Art; 4. alle Leistungen nach Ablauf des Aufsichtsrates mit vorliegenden Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden Geschäften. Ausgenommen und davon abgesehen das Emissionsgeschäft, die Auseinandersetzung mit Akteuren oder Blanko-Krediten. Das Grundkapital beträgt eine Milliarde Mark und zerfällt in zehn auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Millionen Mark. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder und einen Prokuristen gemeinsam vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt: a) Karl Törschus und der Kaufmann Erich Geisseler, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag und den überreichten Schriftstücken wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einer oder mehreren Personen und wird vom Aufsichtsrat bestellt. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Diese muss mindestens achtzehn Tage vor dem Zusammentreffen, die Tage der Bekanntmachung und Versammlung nicht mitgerechnet, erfolgen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgt im Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktien werden zum Kurs der Beurteilung ausgetragen. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Kaufmann Karl Ulrich, 2. Kaufmann Adolf Auerbach, 3. Kaufmann Oskar Böhne, 4. Baumeister u. Architekt Max Sch. 5.

